



STADT LIPPSTADT

Information

zur Erhebung personenbezogener Daten durch die Stadt Lippstadt
nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Fachbereich / Fachdienst	Recht und Ordnung/Personenstand
Verantwortliche/r	Stadt Lippstadt – Der Bürgermeister Ostwall 1, 59555 Lippstadt Telefon: 02941 980-0 E-Mail: pressestelle@stadt-lippstadt.de Internet: www.lippstadt.de
Datenschutzbeauftragte/r	Kreis Soest - Der Datenschutzbeauftragte Hoher Weg 1-3, 59494 Soest Telefon: 02921 300 E-Mail: datenschutzbeauftragter@kreis-soest.de
Zweck/e der Datenverarbeitung	Personenbezogene Daten werden erhoben in Form von Personenstandsdaten (u.a. Name, Geburtsdatum, Abstammung, Familienstand) in Registern und Akten. Auf dieser Grundlage werden Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt und Auskünfte erteilt.
Wesentliche Rechtsgrundlage/n	Datenschutzgrundverordnung i.V.m. den folgenden Spezialgesetzen: <ul style="list-style-type: none">• Personenstandsgesetz (PStG) und die entsprechenden Verwaltungsvorschriften• Personenstandsverordnung (PStV)• Einführungsgesetz zum Bürgerliches Gesetzbuch (EGBGB) mit Verweis auf andere Vorschriften• Kinderschutzübereinkommen(KSÜ)• Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten	Personenbezogene Daten werden, sofern es dem Zweck dient und notwendig ist, weitergegeben an: <ul style="list-style-type: none">• andere Behörden, soweit es zu deren Aufgabenerfüllung erforderlich ist• Gerichte und weitere Beteiligte an gerichtlichen Verfahren, sowie deren Vertretern (z.B. Rechtsanwälte)• Beteiligte und deren Vertretern an Verwaltungstätigkeiten und –verfahren. Jede Datenübermittlung beruht auf einer gesetzlichen Grundlage oder einer sonstigen Rechtsgrundlage
Dauer der Speicherung	§§ 5 Abs. 5, 6 und 7 Personenstandsgesetz (PStG). Die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten richtet sich nach dem Anlass der Erhebung (§§ 5 bis 7 PStG). Sie erfolgt sowohl in elektronischer, als auch in Papierform. Die in Registern erfassten Daten sind dauerhaft aufzubewahren. Sie sind zusammen mit den den zugehörigen Akten je nach Art des personenstandsrechtlichen Vorgangs dem Archiv zur Übernahme anzubieten. Geburtsregister nach 110 Jahren Ehe- und Lebenspartnerschaftsregister nach 80 Jahren Sterberegister nach 30 Jahren.
Verpflichtung des Betroffenen zur Bereitstellung der Daten,	Gesetzliche Pflichten nach den §§ 61 ff PStG, in denen die Benutzung der Personenstandsregister und der Sammelakten geregelt sind.
Datenquelle/n	Beurkundungsgrundlagen nach § 9 und 10 PStG



STADT **LIPPSTADT**

Kategorien der personenbezogenen Daten	Es werden folgende personenbezogene Daten erhoben, soweit diese erforderlich sind: <ul style="list-style-type: none">• Name, Geburtsname, Vorname, andere Namensformen nach ausländischem Recht• Datum und Ort der Geburt• Datum und Ort der Eheschließung• Datum und Ort der Begründung der Lebenspartnerschaft• Datum und Ort des Sterbefalls• Abstammungsverhältnisse
Übertragung der personenbezogenen Daten an ein Drittland oder an eine internationale Organisation	Übertragung an die zuständigen Auslandsvertretungen (siehe Anhang) <ul style="list-style-type: none">• Ersuchen um Amtshilfe• Mitteilungspflichten
Betroffenenrechte (Artikel 15 - 18, 20, 21, 77 DSGVO)	Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none">• Recht auf Auskunft• Recht auf Berichtigung• Recht auf Einschränkung der Verarbeitung• Recht auf Rechtsmittel• Recht auf Datenübertragbarkeit• Recht eine erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen• Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
Zuständige Aufsichtsbehörde	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen (LDI) Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf Telefon: 0211 384240 Telefax: 0211 38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de Internet: https://www.ldi.nrw.de/

Information gemäß der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Notwendigkeit der Datenübermittlung an Drittländer

Sehr geehrte/r Urkundeninhaber/in,
die von Ihnen vorgelegte Urkunde soll von der deutschen Auslandsvertretung im außerhalb der Europäischen Union gelegenen Ausstellungsland der Urkunde überprüft werden.

Dafür wird Ihre Urkunde an die zuständige deutsche Auslandsvertretung übersandt. Diese beauftragt in der Regel eine dritte Person, z.B. einen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt, mit der Überprüfung der in der Urkunde gemachten Angaben. Hierzu kann es erforderlich sein, dass Ihre Urkunde oder die darin gemachten Angaben an andere Behörden oder befasste natürliche Personen weitergegeben werden.

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns wichtig. Datenübermittlungen an Drittländer erfolgen auf Grundlage des Kapitel V (Art. 44 bis 50) der seit dem 25. Mai 2018 in Deutschland geltenden DS-GVO. Rechtsgrundlage für die Übermittlung ist vorliegend Art. 49 Abs. 1 Buchst. d) DS-GVO.

Die Übermittlung ist aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses notwendig. Wichtige Informationen für Sie:

Übermittelnde Stelle: Auswärtiges Amt

Zweck der Übermittlung: Urkundenüberprüfung

Art der Daten: **bitte ausfüllen, z.B. Geburtsurkunde**

Empfänger der Daten im Drittland: **bitte ausfüllen** (ausstellende Behörde der Urkunde im Drittland)

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass in diesem Fall der Datenübermittlung an Drittländer das Datenschutzniveau im Drittland nicht durch die EU-Kommission nach Maßgabe des Art. 45 DS-GVO festgestellt wurde und auch keine geeigneten Garantien i.S.v. Art. 46 DS-GVO vorliegen. Es ist daher möglich, dass im Drittland ein Datenschutzniveau existiert, das dem in der DS-GVO nicht gleichwertig ist.

Anschrift des Verantwortlichen: **bitte die Behörde eintragen, die die Daten erfasst.**

Datenschutzbeauftragter des Verantwortlichen: **bitte ergänzen**

Es ist zurzeit noch nicht möglich, die Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten abzusehen. In der Regel werden die Daten **bitte ergänzen** Monate [Kriterien für die Festlegung der Dauer, s. durchschnittliche Dauer des Urkundenüberprüfungsverfahrens laut Merkblatt der Auslandsvertretung] gespeichert.

Sie haben als betroffene Person grundsätzlich folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DS-GVO),
- Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DS-GVO),
- Recht auf Löschung (Artikel 17 DS-GVO),
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DS-GVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DS-GVO),
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DS-GVO).

Sie haben zudem das Recht, sich bei einer Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu beschweren.